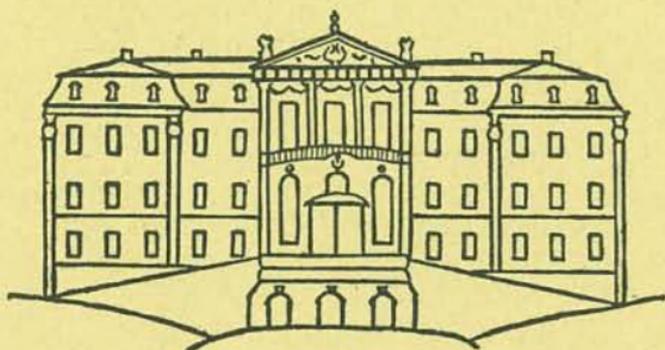


Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

**Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union —  
zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für  
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes**



135

---

Herausgegeben vom  
Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospišil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut — Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945

## Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union —  
zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für  
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes

1965

---

Herausgegeben vom  
Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union

Vor zwanzig Jahren nahm unsere Christlich-Demokratische Union ihre politische Arbeit auf. Die Freunde, die sich damals überall im Lande in ehrlicher demokratischer Absicht um den Gründungsauf Ruf sammelten, waren beseelt von dem unbedingten Willen, alles daranzusetzen, daß nie wieder ein Krieg von Deutschland seinen Ausgang nehmen kann. Dazu verpflichteten die bitteren Lehren aus dem furchtbaren Geschehen während der Zeit der Hitlerdiktatur und des zweiten Weltkrieges. Dazu verpflichteten die Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf der deutschen Hitlergegner in den Widerstandsgruppen, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des barbarischen Nazisystems ebenso wie in der Emigration und namentlich im Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Dazu verpflichteten die nach Millionen zählenden Blutopfer, die das faschistische Regime und der von ihm heraufbeschworene Krieg gefordert hatten. Dazu verpflichteten nicht zuletzt die Abmachungen der Antihitlerkoalition, in denen die demokratischen Bestrebungen der Sowjetunion nach einer friedlichen Zukunft Deutschlands und Europas und das Verlangen aller anderen Völker nach einem gesicherten Frieden in voller Übereinstimmung mit den Anliegen der demokratischen Kräfte unserer eigenen Nation ihren Niederschlag gefunden hatten.

Das Potsdamer Abkommen legte mit völkerrechtlich und moralisch verbindlicher Verbindlichkeit fest, auf welche Weise die Demokratisierung aller Lebensbereiche in Deutschland erfolgen sollte, nämlich durch restlose Entmilitarisierung, Entmonopolisierung und Entnazifizierung, also durch Vernichtung sämtlicher Wurzeln und Erscheinungsformen des deutschen Imperialismus, Militarismus und Faschismus, und durch die Entwicklung der Initiative und Aktivität aller demokratischen Kräfte im deutschen Volke selbst. Das war das Ziel, das die Alliierten auf Vorschlag der Sowjetunion damals sich selbst und unserem eigenen Volke stellten und das mit den Wünschen und Plänen der deutschen Antifaschisten, mit den Interessen unserer Nation völlig übereinstimmte. In den deutschen Westzonen steht die Verwirklichung dieser Forderungen noch bis zum heutigen Tage aus. Die Sowjetunion dagegen, die den wesentlichsten Anteil an der Befreiung

Deutschlands und Europas vom faschistischen Joch hatte, blieb diesen Prinzipien unbeirrbar treu. Sie leistete unserem Volk uneigennützig Hilfe beim Neuaufbau seines Lebens. Von Herzen danken wir auch in dieser Stunde der Sowjetunion dafür, daß sie unserer Nation den Weg zu Freiheit und Selbstbestimmung, zu Frieden und Demokratie eröffnete und daß sie die Bestrebungen der demokratischen Kräfte unseres Volkes stets selbstlos und verständnisvoll unterstützt hat.

Auf den Trümmern einer alten, im Feuer des zweiten Weltkrieges zerbrochenen und von der Geschichte zum Untergang verurteilten Welt setzten wir alle uns damals das Ziel, die Grundfesten einer neuen Ordnung des Friedens und Demokratie in Deutschland errichten zu helfen. Alles wollten wir tun und nichts unterlassen, um eine Wiederkehr des verbrecherischen deutschen Imperialismus zu verhindern und unserem Volke den Weg in ein friedliches und glückliches Dasein im Kreise aller anderen friedliebenden Nationen zu eröffnen. Brüderlich und vertrauensvoll wollten wir mit den anderen Parteien der neuen Demokratie zusammenarbeiten, um der Not unseres Volkes zu steuern und einen neuen Staat aufzubauen, in dem der Friedenswille aller guten Deutschen oberstes Gesetz jeglicher Politik sein sollte. Dabei erkannten wir schon damals die große Kraft an, „die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“. Das war der Geist, von dem der Gründungsauftrag unserer Partei gekennzeichnet war. In ihm verkörperte sich das Vermächtnis all der christlichen Hitlergegner, die in unzähligen Fällen gemeinsam mit ihren marxistischen Freunden und Kampfgefährten in opferbereitem Ringen ihr Leben an die Sache unseres Volkes und des Friedens gesetzt, gemeinsam mit ihnen Leid, Not und Tod erlitten hatten.

Zwei Jahrzehnte sind seither vergangen – Jahrzehnte, die angefüllt waren mit angestrengter Arbeit für die demokratische Erneuerung unserer Nation, für den Neuaufbau in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens – zwei Jahrzehnte, in denen sich in unserer Deutschen Demokratischen Republik die größte und tiefgreifendste Umwälzung im Verlauf der deutschen Geschichte vollzogen hat. Wenn wir heute die Bilanz aus diesen beiden Jahrzehnten ziehen und vor uns selbst wie vor unserer ganzen Nation Rechenschaft über diese beiden Jahrzehnte unserer Arbeit geben, so haben wir allen Anlaß, mit berechtigter Genugtuung festzustellen, daß wir dank der Treue zu jenen Prinzipien, von denen wir uns bei der Gründung unserer Partei leiten ließen, große und weit in die Zukunft reichende Erfolge erzielen konnten.

Wir christlichen Demokraten haben einen bedeutenden Anteil an der demokratischen und sozialistischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Republik. Tatkräftig haben wir daran mitgewirkt, hier die ökonomischen, die staatlichen, die geistigen Voraussetzungen für die moralisch-politische Wiedergeburt der deutschen Nation zu schaffen. Das ist das wichtigste Ergebnis unserer Arbeit, darin in erster Linie besteht die bleibende geschichtliche Leistung unserer Christlich-Demokratischen Union. Mit ihr sind wir unserer Verantwortung für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft gerecht geworden. Daß mit dem Werden und Wachsen unserer Deutschen Demokratischen Republik, mit dem unaufhaltsamen Erstarken und Gedeihen des ersten sozialistischen Staates der Deutschen das sichere Fundament für die glückliche Zukunft unseres ganzen Volkes gelegt werden konnte, daß heute in Gestalt unserer Deutschen Demokratischen Republik, in Gestalt des starken deutschen Friedensstaates dem Kriegstreiben der deutschen Imperialisten, der eingefleischten Feinde unserer Nation, eine starke und unüberwindliche staatliche Kraft entgegensteht, die für Frieden und Sicherheit in der Mitte Europas sorgt und dabei des Beistands aller anderen Friedenskräfte gewiß sein kann – das ist das entscheidende Verdienst aller Kräfte, die unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die Entwicklung unserer Republik geformt und mitgestaltet haben, das Verdienst auch unserer Christlich-Demokratischen Union.

Wesentlichen Anteil hat unsere Partei an dem großen inneren Wachstums- und Wandlungsprozeß, der im Denken, Fühlen und Verhalten der Bürger unserer Republik vor sich gegangen ist. Dieser Wandel in der politischen und geistigen Vorstellungswelt der Menschen, in ihrem gesellschaftlichen Handeln, in ihren Beziehungen zueinander, in all ihren Lebensäußerungen ist das eigentliche „deutsche Wunder“. Als wir uns vor zwanzig Jahren zusammenfanden, um beim Neuaufbau der deutschen Demokratie mit Hand anzulegen, kamen wir von den unterschiedlichsten politischen Erfahrungen her und brachten in allen möglichen gesellschaftlichen Einzelfragen die verschiedenartigsten Vorstellungen mit. So wie uns ging es damals vielen ehrlichen Demokraten und Hitlergegnern. Damals war es die unbedingte Bereitschaft, der unseligen Vergangenheit endgültig den Abschied zu geben und ein neues Leben aufzubauen, die uns zu gemeinsamem Handeln zusammenführte. Wie der Weg dahin aussehen sollte und wie dieses Streben zum Besten unseres Volkes im ein-

zelen verwirklicht werden konnte, wußten damals längst nicht alle unter uns. Die Kommunistische Partei Deutschlands war es damals und dann die Sozialistische Einheitspartei, die allen aufbauwilligen deutschen Demokraten die Richtung wies und unserem ganzen Volk das Ziel seines Kampfes für die radikale Entmachtung des Imperialismus und Militarismus, für die gemeinsame Arbeit zur Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands angab.

Die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in unserer Partei haben damals diesen Ruf aufgenommen. In echter Besinnung auf das Wesen christlicher Verantwortung und auf die Erfordernisse nationalen Handelns fanden sie sich mit der Arbeiterklasse und mit allen anderen demokratischen Kräften im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu gemeinsamem Wirken für des Volkes wahres Wohl zusammen. In harter Auseinandersetzung entledigten sie sich mit Unterstützung der Partei der Arbeiterklasse all jener Kräfte, die sich unserer Partei bemächtigen wollten, um sie als Instrument der Restauration der überlebten kapitalistischen Gesellschaftszustände und der antinationalen imperialistischen Politik der alten Verderber Deutschlands zu mißbrauchen. Dieser innerparteiliche Klärungsprozeß, der mit dem Sieg der progressiven, zukunfts zugewandten Kräfte in unserer Christlich-Demokratischen Union endete, hat uns zu segensreicher Arbeit für Frieden und sozialen Fortschritt befreit.

Weil wir damals in unserer Partei kämpferisch diesen klaren Kurs im Geiste des Gründungsaufrufs durchsetzten, können wir heute von uns sagen, daß wir christlichen Demokraten die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten deutschen Volks- und Friedensstaates, mitgeschrieben und verantwortlichen Anteil an all seinen Erfolgen haben. Nur weil wir unsere Partei im Ringen mit allen Versuchen der reaktionären Beeinflussung zu einem untrennbaren Bestandteil der festen Gemeinschaft aller für das Glück der Nation wirkenden Kräfte entwickelten, können wir heute feststellen, daß wir christlichen Demokraten gewichtige Beiträge zur Herausbildung und Festigung der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung erbringen konnten. Nur weil wir uns in unseren eigenen Reihen entschlossen von allen offenen und verkappten Gegnern unserer demokratischen Entwicklung trennten, können wir heute mit Recht erklären, daß die Christlich-Demokratische Union ihre Bewährungsprobe im Mehrparteiensystem der DDR bestanden hat. In der engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der führenden Kraft unse-

res gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, und mit allen anderen demokratischen Parteien und Organisationen leisteten wir christlichen Demokraten viel dafür, daß die volksdemokratische Umwälzung sich im Raum unserer Republik auf friedlichem Wege vollziehen konnte und der internationale Erfahrungsschatz der fortschrittlichen Kräfte in den Fragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wesentlich bereichert wurde. In der erfolgreichen Mitwirkung an diesem Werk der politisch-moralischen Einigung unseres Volkes, in unseren schöpferischen Beiträgen für die Stärkung der Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht in unserer Republik, die im Herzen Europas auf Vorposten für die Sache der gesellschaftlichen Befreiung unseres Volkes und der Menschheit steht, liegt das z w e i t e große geschichtliche Verdienst unserer Christlich-Demokratischen Union.

Zum dritten hat unsere Partei – wiederum ausgehend vom Geist des Gründungsaufrufs – durch ihre Arbeit ein Beispiel dafür gegeben, wie der Christ heute handeln muß, wenn er seiner gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen will. Was wir fortschrittlichen und friedliebenden christlichen Demokraten zwei Jahrzehnte hindurch erklärt und vorgelebt haben, ist heute zur allgemeingültigen Erkenntnis der großen Mehrheit der christlichen Bürger unserer Republik geworden. Gleich uns gehen auch sie heute davon aus, daß es notwendig ist, ein neues Deutschland zu bauen:

- ein Deutschland, das von seiner gesellschaftlichen Struktur und vom Wesen seiner Politik her unserem ganzen Volk ein wahres Vaterland sein kann,
- ein Deutschland, das Gewähr dafür abgibt, daß nie wieder Krieg über das eigene Volk und über unsere Nachbarvölker kommt,
- ein Deutschland, das sich auf den gesetzmäßig vorgezeichneten Bahnen der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Epoche bewegt und dem Sozialismus zustrebt.

Gleich uns haben ungezählte christliche Bürger in diesen zwei Jahrzehnten die Erkenntnis gewonnen, daß der für uns Christen unaufgebbare Friedensauftrag und die uns gebotene Liebe zum Menschenbruder sich heute unter sozialistischen Bedingungen, wie unser Arbeiter-und-Bauern-Staat sie bietet, in ganz neuen Dimensionen verwirklichen lassen. Diese Erkenntnis reifte in der gesellschaftlichen Praxis, im Leben selbst, anhand der Erfahrungen, die diese christlichen Bürger gleich uns mit der Friedenspolitik unseres Staates machten und die sie gleich uns beim Aufbau der neuen, sozialistischen

Ordnung in unserer Republik sammelten. Dieser Erkenntnisprozeß wurde gefördert und vorangeführt durch die aufklärende, überzeugende und mobilisierende Aktivität unserer Partei in der Nationalen Front. So können wir heute, nach zwanzigjähriger Wirksamkeit unserer Christlich-Demokratischen Union, mit Freuden feststellen, daß die christlichen Bürger unserer Republik ihren festen und angesehenen Platz in der Gemeinschaft unseres Volkes, in der Gemeinschaft aller Kräfte gefunden haben, die für Frieden und Sozialismus am Werke stehen. Hier können sie ihrer Verantwortung für den Frieden und für den Nächsten in breitem Umfang nachkommen, hier findet ihr Sehnen nach Humanität und sozialer Gerechtigkeit endlich seine Erfüllung, hier ist auf dem Boden unserer sozialistischen Wirklichkeit die volle Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Anliegen des Christen und den Prinzipien der staatlichen Politik hergestellt.

Darin, daß diese Erkenntnis unter den christlichen Bürgern immer weiter um sich gegriffen und sich in Taten für die Stärkung unseres sozialistischen Staates umgesetzt hat, erblicken wir die dritte große geschichtliche Leistung unserer Partei. In den letzten Jahren mehrten sich fortwährend die Anzeichen dafür, daß diese Entwicklung unter den christlichen Bürgern unseres Staates ihren Eindruck auch in kirchenleitenden Kreisen nicht verfehlt hat. Heute stimmt die große Mehrheit der kirchlichen Amtsträger mit uns darin überein, daß dem Friedensstreben unserer Republik die Unterstützung der Kirchen gehören muß und daß das kameradschaftliche Füreinander aller Glieder der sozialistischen Menschengemeinschaft uns christlichen Bürgern weiten Raum für unseren Dienst am Nächsten, für die Verwirklichung unseres Verlangens nach sozialer Gerechtigkeit bietet. Die Stationen dieses innerkirchlichen Erkenntnisprozesses und der ihn bedingenden gesellschaftlichen Begleitumstände werden markiert durch die historischen Daten des 21. Juli 1958, des 9. Februar 1961 und des 18. August 1964 – durch die Vereinbarungen unserer Regierung mit den bevollmächtigten Vertretern der evangelischen Kirchen in unserer Republik, durch das bedeutsame Gespräch Walter Ulbrichts mit Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern über die Fragen der christlichen Existenz im Sozialismus und nicht zuletzt durch die Begegnung auf der Wartburg zwischen Walter Ulbricht und Bischof Mitzenheim, durch die Ergebnisse dieser grundsätzlichen Aussprache über die gemeinsame humanistische Verantwortung von Marxisten und Christen bei der Gestaltung der friedlichen Zukunft unserer Nation.

Niemand kann heute mehr leugnen, daß die Friedenspolitik unserer Republik, ihr Streben nach Annäherung und Verständigung in Deutschland und Europa, nach einer Politik der Vernunft und des guten Willens durch Vertrauen und Verträge in vollem Maße übereinstimmt mit den Äußerungen der leitenden Gremien und maßgeblichen Repräsentanten der Weltchristenheit. Wenn Johannes XXIII. und Paul VI. mit der Autorität des Oberhauptes der katholischen Kirche zu Werken des Friedens und der Liebe aufforderten, wenn Vollversammlung und Exekutivkomitee des Weltrates der Kirchen sich für das friedliche Miteinander aller Völker und Staaten einsetzten, wenn die großen konfessionellen Weltbünde im protestantischen Raum ebenso wie die Prager Christliche Friedenskonferenz für Abrüstung und friedliche Koexistenz eintraten, so zeugen alle diese verbindlichen Weisungen und Beschlüsse auf ihre Weise dafür, daß das Bemühen unseres Staates um Entspannung und Normalisierung der Lage in Deutschland dem Verlangen aller gutwilligen und verständigungsbereiten Kräfte in der Welt entspricht und daß wir christlichen Demokraten in vollem Einklang mit den Verlautbarungen aus dem ökumenischen Raum handeln. Die CDU/CSU-Führung dagegen kann das von ihrer Politik in keiner Weise behaupten.

Viertens erwarb unsere Partei sich Verdienste um die Festigung und Weiterentwicklung unserer volksdemokratischen Verhältnisse in allen Bereichen unserer gesellschaftlichen Ordnung. Das Bewußtsein unserer Mitverantwortung für den gesamtgesellschaftlichen Prozeß befähigte uns zu schöpferischen Vorschlägen und Leistungen für das große gemeinsame Werk des demokratischen und sozialistischen Aufbaus. Durch unsere Anregungen für die staatliche Beteiligung an privaten Industriebetrieben haben wir beispielsweise einer Entwicklung die Bahn gebrochen, die zur verantwortlichen und gleichberechtigten Einbeziehung der vielen kleinen und mittleren Unternehmer in den Vormarsch unserer Gesellschaft zum umfassend und vollständig aufgebauten Sozialismus führte. Viele Handwerker und Gewerbetreibende, viele christliche Bauern fanden durch das Wirken unserer Partei, die ihnen die Perspektive unseres sozialistischen Aufbaus und das Wesen unserer nationalen Politik erläuterte, den Weg vom Ich zum Wir.

Zu vielen Tausenden wirken heute unsere Unionsfreunde und nach ihrem Beispiel zahlreiche parteilose Christen aktiv und verantwortungsbewußt in den Volksvertretungen, in den Ständigen Kommissionen und ihren Aktiven, in ungezählten

Ausschüssen daran mit, unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken, unsere sozialistische Demokratie auf noch breitere Grundlagen zu stellen und den Weg zum sozialistischen Volksstaat zu bereiten. Unsere Partei hat ihnen geholfen, ihre staatsbürgerliche Verantwortung zu erkennen und auf allen Gebieten zu bewähren; unsere Parteiverbände waren es, die diese Freunde an das Mitplanen, Mitarbeiten und Mitregieren heranführten, weil sie in ihnen Verständnis für das Wesen unserer volksdemokratischen Machtverhältnisse, für die Wirkungsweise unserer staatlichen Organe und vor allem für die nationale Mission unserer Deutschen Demokratischen Republik weckten. Daß viele Christen heute ihren Platz in der sozialistischen Kulturbewegung ausfüllen und dort für unsere sozialistische Menschengemeinschaft, für die sozialistische Persönlichkeitsbildung tätig sind, ist ebenfalls weitgehend dem Wirken unserer Partei zuzurechnen. Sie hat geholfen, in den christlichen Kreisen die Einsicht in die Ziele unserer sozialistischen Nationalkultur zu vertiefen, viele Kulturschaffende und zahllose andere christliche Bürger auf den Bitterfelder Weg zu führen und neue, vorher ungenutzte Potenzen für die Verwirklichung der Kulturpolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu erschließen.

Mit dieser Aktivität für Frieden und Sozialismus, für die nationale und soziale Befreiung unseres Volkes, für die Verwirklichung des geschichtlichen Auftrags der Deutschen Demokratischen Republik erwarb unsere Partei sich die Freundschaft der Partei der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte, wurde sie selbst aus einer bürgerlich-demokratischen Partei zu einer Partei, die den Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben hat. So konnte sie gleichzeitig zur Erhöhung der nationalen Autorität unseres deutschen Friedensstaates und zur Steigerung seines internationalen Ansehens, zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland und in der Welt zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts maßgeblich beitragen. Herzliche Freundschaftsbande konnten wir zu friedliebenden und fortschrittlichen Kreisen in den sozialistischen Bruderländern ebenso wie im kapitalistischen Ausland und in den unabhängigen Nationalstaaten knüpfen, und die westdeutschen christlichen Friedenskräfte sehen in unserer Partei ihren moralischen Rückhalt, weil unser Beispiel ihnen Wegweisung und Ermutigung bedeutet.

Worin gründen unsere Erfolge? Sie beruhen erstens auf den klaren Entscheidungen unserer Parteitage und unseres Hauptvorstandes, die sich in Übereinstimmung mit den Zielen

der Friedenspolitik unseres Staates und mit den gesetzmäßig erforderlichen Notwendigkeiten unserer sozialistischen Entwicklung befinden, und vor allem auf der großen Aktivität und Tatbereitschaft unserer Freunde in den Parteiverbänden, auf ihrem Ideenreichtum bei der Verwirklichung der örtlichen Aufgaben, auf ihrer Treue zum Geist des Gründungsauftrags, auf ihrer Verbundenheit mit der Sache unserer Deutschen Demokratischen Republik. All diesen Freunden, die in den beiden Jahrzehnten des Bestehens unserer Partei keine Mühe und kein Opfer gescheut haben, um unsere Partei zu festigen und damit unserem Volke zu dienen, sei in dieser Stunde von Herzen gedankt. Gedankt sei den Freunden in den Vorständen, die es gerade in den letzten Jahren immer besser gelernt haben, die Verantwortungsfreudigkeit unserer Mitglieder in die richtigen Bahnen zu lenken, das klärende politische Gespräch mit ihnen zu führen und auch der Überzeugungsarbeit unserer Christlich-Demokratischen Union in den parteilosen christlichen Kreisen unserer Bevölkerung immer größere Ausstrahlungskraft zu verleihen.

Voraussetzung unserer Erfolge war zweitens unser enges Vertrauensverhältnis zur Partei der Arbeiterklasse und zu allen anderen demokratischen Kräften. Der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihrem Zentralkomitee und seinem Ersten Sekretär, dem Vorsitzenden des Staatsrates, unserem Freund Walter Ulbricht, gilt unser Dank für die freundschaftliche Hilfe, die sie uns stets in allen von uns gemeinsam zu lösenden Fragen gewährt haben. In der Zusammenarbeit aller Parteien und Organisationen im Demokratischen Block erblicken wir die kostbarste Errungenschaft unseres Kampfes und das Geheimnis all unserer Erfolge, die politische Grundlage aller gesellschaftlichen Fortschritte, die wir gemeinsam seit 1945 bei der Gestaltung des neuen Deutschland erzielen konnten. Unsere Arbeit erfährt ihre Sinnggebung und Erfüllung in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, in jener breiten Bewegung aller Kräfte, die für die Stärkung unseres sozialistischen Staates und für die Verwirklichung seiner Friedensmission in Deutschland eintreten. Diese Einheit aller Volkskräfte, die sich in der Nationalen Front verkörpert, ist das Unterpfand unserer Friedens- und Zukunftsgewißheit, die Quelle unserer gemeinsamen Kraft und die Bürgschaft für unseren Sieg über die Mächte der Vergangenheit, die im Westen Deutschlands noch einmal zur Herrschaft gelangt sind.

Vor zwanzig Jahren war unser ganzes Volk sich einig in dem Wollen, nie wieder zuzulassen, daß die Kräfte, die sich

vor unserer Nation und vor der Welt mit der Schuld an den beiden blutigen Katastrophen unseres Jahrhunderts beladen hatten, jemals wieder Macht in Deutschland gewinnen könnten. Auch die CDU/CSU in den Westzonen gab in den Tagen ihrer Gründung vor, den gleichen Prinzipien folgen zu wollen, von denen wir uns in unserem Gründungsauftrag leiten ließen. Auch die westdeutschen Parteigründer forderten auf dem Papier ihrer Gründungsproklamationen die Abwendung von der Vergangenheit, sie forderten Sühne für die ungeheure Schuld der Konzerngewaltigen, der Militaristen und aktiven Nazis. Sie versprachen, sich für grundlegende Veränderungen in den Eigentums- und Machtverhältnissen einzusetzen und damit gesellschaftliche Garantien für einen neuen Weg des Friedens und der nationalen Wiedergeburt unseres Volkes im Zeichen der Demokratie und des Fortschritts zu schaffen. Alle diese Beteuerungen sind noch heute schwarz auf weiß in den Dokumenten aus der Anfangszeit der CDU/CSU Westdeutschlands nachzulesen.

Was aber haben Adenauer und Erhard, Strauß und Schröder, Lemmer und Hassel seitdem aus dieser Partei gemacht? Was ist aus den Grundsätzen geworden, denen sie damals die Treue geschworen hatten? Sie sind verraten und verkauft worden – verraten und verkauft an genau die Kräfte, denen damals unter dem Druck der friedensgewillten Kreise in Deutschland, die nach den Schrecknissen des barbarischen Hitlerregimes und dem grauenhaften Erleben des zweiten Weltkrieges einen neuen Anfang machen und die große nationale Chance zu einer echten Umkehr nutzen wollten, die Fehde angesagt worden war. Wir ergriffen vertrauensvoll die Hand, die die Arbeiterklasse uns entgegenstreckte, und gewannen dadurch die Möglichkeit, die Vergangenheit zu bewältigen und als Christen unserer Verantwortung vor der Nation gerecht zu werden. Die CDU-CSU-Führung dagegen liierte sich mit den Monopolen und den Militaristen, mit den alten und den neuen Verderbern unseres Volkes, wandte sich von uns ab und beschriftete den Weg der Spaltung der Partei und des Vaterlandes.

Kann Herr Adenauer etwa leugnen, daß er sich bereits 1946 – getreu seiner separatistischen Vergangenheit – in einem Brief an Jakob Kaiser, der damals noch Vorsitzender unserer Partei in der sowjetischen Besatzungszone war, gegen den fortschrittlichen Geist der ehrlichen Mitglieder im Osten Deutschlands und gegen die Einheit der christlichen Demokraten in den seinerzeitigen vier Besatzungszonen Deutschlands ausgesprochen hat? Dem unseligen und verbrecherischen

Antikommunismus folgend, der unser Volk schon wiederholt ins Unglück gestürzt hat, war er es, der die Christlich-Demokratische Union spaltete und damit auf seine Weise ein Vorspiel für die politische Spaltung Deutschlands inszenierte. Unser Otto Nuschke dagegen war es, der im Namen unseres Hauptvorstandes noch 1949 zu Adenauer fuhr und ihn in einer persönlichen Aussprache beschwor, von seinen Spaltungsvorhaben abzulassen und der nationalen Sache den Vorrang zu geben. Adenauer aber stellte sich taub gegen alle nationalen Vorhaltungen; er führte seine schändlichen Pläne ohne Rücksicht auf das Schicksal der Christlich-Demokratischen Union, ohne Rücksicht auf das Geschick unseres Volkes bis zu Ende durch und leitete die CDU/CSU in die Bahnen des Revanchismus, in die Bahnen einer Politik, die weder christlich noch demokratisch noch sozial ist und mit der Sache Deutschlands nicht das mindeste gemein hat.

Will Herr Erhard etwa leugnen, daß er einer der entscheidenden geistigen Urheber des wirtschaftlich-politischen Zusammenschlusses der Bi- und der Trizone, der Währungsreform, der ganzen staatsstreichartigen Spaltungspolitik gegen die Einheit Deutschlands gewesen ist? Will er sich freisprechen von der Schuld, den Schwindel der „Konzernentflechtung“, die zu einem einzigen großangelegten Betrugsmanöver im Sinne der alten Rüstungskapitalisten wurde, entgegen dem erklärten Willen des Volkes und entgegen den interalliierten Vereinbarungen gedeckt zu haben? Kann er sich etwa reinwaschen von der Schuld, im Jahre 1949, dem Jahr der staatlichen Zerreißung Deutschlands, auf dem damaligen Parteitag der West-CDU mit der Verkündung des demagogischen Programms der „sozialen Marktwirtschaft“ bei der endgültigen ökonomischen Herauslösung der Westzonen aus dem deutschen Nationalverband Pate gestanden zu haben?

So wie diese Herren in den ersten Jahren nach 1945 systematisch unsere Nation gespalten und im Interesse ihrer großkapitalistischen Auftraggeber ihren eigenen Staat gegründet haben, so haben sie auch die Christlich-Demokratische Union gespalten und aus der CDU/CSU ein Werkzeug der in Westdeutschland wieder zur Macht gelangten monopolistischen Hochfinanz, aus den Führungskreisen dieser Partei die aggressivste politische Interessenvertretung des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Westzonenstaat, die lauteste Wortführerin seiner totalitären Herrschaftsansprüche im Innern und seiner revanchistischen Expansionspolitik nach außen gemacht. Auch diese Feststellung gehört unabdingbar zu der geschichtlichen Bilanz, die wir heute, zwanzig Jahre nach

der Gründung unserer Partei, vor uns selbst und vor unserem Volk aufzumachen haben.

Was den Kreisen um Hermes und Schreiber, um Kaiser und Lemmer in unserer Partei dank der Prinzipienfestigkeit der fortschrittlichen Unionsfreunde und dank ihrer Aktionsgemeinschaft mit allen anderen demokratischen Kräften nicht gelang, ist in den Westzonen den Leuten um Adenauer und Erhard zum Unglück der ehrlichen christlichen Demokraten gelungen: Sie haben es fertiggebracht, dort die CDU/CSU zu denaturieren, indem sie den Mitgliedern und der christlichen Bevölkerung einredeten, es gehe ihnen um den Schutz der „heiligsten Güter der Nation“, um Christentum und Menschenwürde. Sie spiegelten ihren Anhängern vor, auf einem angeblichen „dritten Weg“ zu Frieden und Wohlstand, zu Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gelangen zu können, und trieben sie damit dem Antikommunismus in die Arme. Als getreue Erfüllungsgehilfen besorgten diese Leute, bei jeder nationalen Verantwortung, die Geschäfte der Reaktion und legten die Partei auf den Kurs der Restauration der alten, kapitalistischen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse fest. So beluden sie sich mit der Verantwortung dafür, daß im Westen Deutschlands die schon zweimal in diesem Jahrhundert durchgespielte Tragödie unseres Volkes ein drittes Mal in Szene gesetzt wurde. Was sie ehemals in den Kölner Leitsätzen scheinheilig beschworen und noch im Ahlener Programm demagogisch beteuerten, haben sie vor aller Öffentlichkeit schmählich preisgegeben. Sie haben die CDU/CSU dem dort mit ihrer Hilfe wiedererstandenen und wiedererstarkten Imperialismus und Militarismus ausgeliefert, der sich sehr bald dieser Partei bemächtigte und sie zur politischen Hauptvertreterin seiner antinationalen und friedensfeindlichen Interessen erkoren hat.

Zu welchen Folgen diese verhängnisvolle Entwicklung geführt hat, haben uns die letzten Wochen wiederum an typischen Beispielen demonstriert. Der Düsseldorfer Parteitag der Adenauer-Erhard-CDU war eine einzige Heerschau jener Kräfte, die sich heute in Westdeutschland wieder stark genug glauben, dem eigenen Volk und den anderen Völkern den Fehdehandschuh hinwerfen zu können. „Wir sind wieder etwas, wir haben wieder Ansehen erlangt in der Welt und auch Macht“, posaunte Erhard dort vor versammelter Mannschaft in die Öffentlichkeit hinaus. Das ist die alte Sprache der deutschen Imperialisten, über die auch noch so wohlklingende Friedensbeteuerungen nicht hinwegtäuschen können.

Gestützt auf ein starkes ökonomisches Potential, versuchen

die deutschen Imperialisten mit Hilfe der Führungsspitzen der CDU/CSU nun von Bonn aus zum dritten Mal in diesem Jahrhundert, was ihnen von Berlin aus zweimal – im ersten und im zweiten Weltkrieg – mißglückt ist: die gewaltsame Überwindung des Widerspruchs zwischen der wirtschaftlichen Stärke des monopolistischen deutschen Großkapitals und seinem nach ihrer Meinung noch zu geringen internationalen Wirkungsbereich. Deswegen sind sie das gefährliche Komplott mit den gegenwärtig tonangebenden Kreisen des aggressiven amerikanischen Imperialismus eingegangen, deswegen fordern sie unentwegt das Mitverfügungsrecht über Kernwaffen zur gewaltsamen militärischen Verwirklichung ihrer Revancheziele, deswegen melden sie England und Frankreich gegenüber so dreist ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorherrschaftsansprüche in Westeuropa an und beschwören damit immer neue Krisen in der so viel gelobten „europäischen Gemeinschaft“ herauf, deswegen stoßen sie immer lauter in das revancharistische Horn gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Staaten Europas, und deswegen setzen sie jetzt alles daran, in ihrem eigenen Staat durch die Notstandsgesetzgebung gleichsam das Hinterland für ihre geplanten atomaren Kriegsabenteuer abzusichern.

Diese Saat, die in den vergangenen Jahren vorgekeimt und auf dem Düsseldorfer Parteitag ausgesät wurde, ist in den Wochen darauf schon fruchtbar aufgegangen. Auf dem Revanchistenkongreß der CDU/CSU in Nürnberg, der Stadt der Hitlerschen „Reichsparteitage“, überboten sich die ach so christlichen Bonner Minister und Parteiführer förmlich in der Maßlosigkeit ihrer Forderungen nach Wiedereroberung jener Gebiete, die der deutsche Imperialismus im Ergebnis des von ihm verschuldeten zweiten Weltkrieges ein für allemal verspielt hat. Selbst das Pfingstfest war den Herren Lemmer und Seebohm nicht zu schade für ihre Haßausbrüche gegenüber den Völkern der Sowjetunion, Polens und der CSSR.

Scheinbar auf etwas leiseren Sohlen wandelte Ende Mai in Saarbrücken der Parteitag jener Leute einher, die in den Jahren nach 1945 im Osten Deutschlands versucht hatten, unsere Partei von ihrem geraden Wege abzuführen, denen wir aber schon damals die Grenzen ihrer Möglichkeiten zeigten und die sich daraufhin nach Westberlin und in die Westzonen absetzten. Zu dieser illustren Versammlung sprach Herr Johann Baptist Gradl, ein Mann, den ob seiner zweifelhaften Vergangenheit und seiner reaktionären Haltung schon unser Otto Nuschke in den Anfangsjahren unserer Partei nie anders als „Herrn Schiefl“ bezeichnet hatte. An seiner Rede

auf dem Parteitag der „Ehemaligen“ wird so richtig deutlich, wes Geistes Kind die Leute sind, die damals bereits unsere Partei verraten haben und diese Politik des Verrats heute von Westdeutschland aus fortsetzen. Alle ihre Hoffnungen setzen sie auf die atomare Erpressung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, auf eine Aufweichung und Unterwanderung der DDR und letztlich – falls alle anderen Mittel, wie vorauszusehen, versagen sollten – auf einen neuen Krieg. „Deutschland ist wieder ein politischer Faktor – auch für die Sowjetunion“, trompetete Herr Gradl, wobei er unter „Deutschland“ natürlich den Bonner Staat verstand. „Die zweitgrößte Handelsmacht der Welt, die drittgrößte Industrienation der Welt, die stärkste konventionelle Verteidigungskraft im nicht-sowjetischen Europa, das zählt“, erklärte er im Brustton der Überzeugung eines „Politikers der Stärke“ vom alten Schrot und Korn, genau wie Herr Erhard zwei Monate zuvor in Düsseldorf.

Für welche Zwecke er diese Stärke eingesetzt wissen will, ließ er in seinen Ausführungen über die Politik Bonns gegenüber der Sowjetunion, so wie sie sich in seinem Kopfe malt, deutlich erkennen, wenn er ausdrücklich betonte: „Solche Politik hat nichts mit Rapallo zu tun.“ Also nicht Verhandlungen und Verständigung im Geiste von Rapallo, im Geiste der friedlichen Koexistenz, sondern nackte Gewalt – das ist es, was Herr Gradl und seinen Gefolgsleuten vorschwebt. Alle Welt sehnt sich nach Entspannung, nach einer Politik der Vernunft, und ist deswegen zu Recht erbost über den Bonner Kurs, der einer solchen Entspannung und damit auch einer friedlichen Lösung unserer nationalen Frage frontal zuwiderläuft. Herr Gradl aber verkündet in frecher Erpressermanier: „Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Partner müssen sehen, daß sie Entspannung, Sicherheit, Abbau der Rüstungslast, Nichtangriffspakt, Gewaltverzicht, Kontrollsystem gegen Überraschungsangriffe – das sie alle diese Dinge, die Dinge, die sie so wortreich und beharrlich fordern, haben können, wenn sie bereit sind, die deutsche Wunde zu schließen und die Selbstbestimmung freizugeben“, das heißt die DDR den Leuten, die hinter Herrn Gradl stehen, in den Rachen zu werfen und damit die sicherste Friedensgarantie im Herzen Europas den Großmachtsansprüchen der unersättlichen westdeutschen Imperialisten preiszugeben.

Über vieles wolle Bonn mit sich reden lassen, meint Herr Gradl gönnerhaft an die sozialistischen Staaten gewandt, „vom Kontrollsystem gegen Überraschungsangriffe bis zu einem gewissen nuklearen Disengagement, aber eben nur in

Verbindung mit Selbstbestimmungsrecht und Wiedervereinigung“. Unter diesen Begriffen aber verstehen Herr Gradl und seinesgleichen bekanntlich die Auslieferung unserer sozialistischen Republik, ihrer friedliebenden Bürger, ihrer Betriebe und Genossenschaften, ihrer demokratischen und sozialistischen Errungenschaften. Erst dieser Tage wieder hat der von demselben Herrn Gradl geleitete „Forschungsbeirat“ des berüchtigten Mende-Ministeriums genau diese Konzeption für die „Wiedervereinigung“ nach Bonner Muster zu Papier gebracht und veröffentlicht. Um den Preis der Verwirklichung solcher größtenwahnsinnigen Forderungen also wollen die Bonner Chauvinisten sich in Verhandlungen mit der Sowjetunion über Fragen der Entspannung und der kollektiven Sicherheit in Europa einlassen! Diese Sprache ist uns nur allzugut bekannt.

Aber auch an die eigenen Alliierten in der so viel gepriesenen „atlantischen Gemeinschaft“ richtete besagter Herr Gradl in drohender Manier seine Forderungen: Bonn werde „das nationale Verlangen“ – das Streben nach Einverleibung der DDR – „bis an die Grenze des vernünftigerweise Möglichen vertreten“, also bis an die Schwelle des großen Krieges heran. Wenn die Bonner Revanchepolitiker aber „von den Verbündeten im Stich gelassen werden, dann gewinnt der Radikalismus Chancen“, das heißt, dann werde die Bonner Politik in eine militärische Gewaltlösung umschlagen. Ausdrücklich spricht Herr Gradl von der „latent explosiven Situation in Mitteleuropa“, und zwar „auch in dem Sinne, daß der innere Druck unaufhaltsam wachsen wird, je länger den Deutschen die Spaltung auferlegt bleibt“. Bonn könne nicht „auf die Dauer ungerührt und unaktiv zusehen“, wie der deutsche Friedensstaat von seinen souveränen Rechten im Sinne der eigenen Sicherheit wie im Sinne des europäischen Friedens Gebrauch macht. Das heißt auf gut deutsch: Entweder stellen sich die Westmächte nach dem Beispiel der USA-Regierung auf die Seite der westdeutschen Atomkriegspolitiker und ziehen mit ihnen in den dritten Weltkrieg – oder Bonn wird ihnen im Alleingang zeigen, was für den deutschen Imperialismus eine Harke ist!

Derartige Schimpfkanonaden wie die des Herrn Gradl bestätigen uns nur noch einmal mehr, wie richtig unser Kampf gegen solche Elemente in der CDU gewesen ist und daß wir alle Ursache haben, ihr Treiben auch weiterhin mit aller Konsequenz zu bekämpfen. Wenn wir die Reden dieser Leute hören, wundern wir uns aber auch nicht darüber, daß die CDU/CSU-Parteiführung mit einer solchen maßlosen Politik

überall auf die Grenzen ihrer Macht stößt. Daß diese Grenzen jetzt immer häufiger offenbar werden, ist kein Zufall, sondern ist im Wesen und in der geschichtlichen Stellung der Politik dieser Partei begründet. Eine Politik nämlich, die allen Lehren aus der Vergangenheit, allen nationalen Erfordernissen, allen Aufgaben der Zukunft widerspricht, hat keine Perspektive. Sie kann nur die Gegensätze in den eigenen Reihen vertiefen und noch weiter in die Selbstisolierung hineinführen. Bonn hat das gerade in jüngster Zeit mehrfach zu seinem eigenen Schaden erleben müssen.

Als die westdeutschen Ultras in ausgesprochen provokatorischer Absicht den Bundestag nach Westberlin einberiefen – nicht einmal Hitler hatte gewagt, seinen Reichsparteitag in der Freien Stadt Danzig zu versammeln! –, erlebten die Bonner Abenteurer eine neue Lektion über jene Erkenntnisse, die ihnen bereits am 13. August 1961 vermittelt worden waren, als die DDR in Übereinstimmung mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages durch ihre entschlossenen Maßnahmen den Frieden rettete, die westdeutschen Militaristen eindeutig in ihre Schranken verwies und ihnen klarmachte, daß wir nicht willens sind, zuzulassen, daß Bonn aus Westberlin ein neues Danzig, einen neuen Zünder zur Auslösung eines dritten Weltkrieges macht. Als Bonn den Bankrott der Hallstein-Doktrin, der durch den triumphalen Verlauf des Staatsbesuchs von Walter Ulbricht in der VAR offensichtlich geworden war, durch verstärkten politischen Druck und vermehrte ökonomische Erpressungsversuche gegenüber den arabischen Staaten überdecken wollte, antworteten die meisten arabischen Länder mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Westdeutschland. Als die imperialistischen Kreise Westdeutschlands vor dem 8. Mai, den sie als Tag ihrer eigenen Niederlage betrauert, erhebliche Anstrengungen unternahmen, um die drei Westmächte mit Hilfe einer sogenannten „Deutschland-Initiative“ vor den Karren ihrer Revanchepolitik zu spannen, wurde damit lediglich erreicht, daß die Gegensätze in der Beurteilung der deutschen Frage nur noch deutlicher hervortraten; die mehr als platonische Erklärung, die schließlich dabei herauskam, trug den Charakter einer bloßen unverbindlichen Deklamation.

Doch auch innerhalb der Grenzen des eigenen Machtbereichs, sozusagen im eigenen Hause, hat der reaktionäre Flügel in der westdeutschen CDU/CSU in letzter Zeit beträchtliche Niederlagen einstecken müssen. Zu der schwersten Schlappe, die er bisher auf diesem Gebiet beklagen

mußte, führte der Massenprotest der westdeutschen Werktätigen und Intellektuellen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Daß die gemeinsame Widerstandsfront von Gewerkschaftern und Professoren, von Jugendverbänden und Studenten eine einschneidende Veränderung des Bonner Terminkalenders erzwang, ist wohl der überzeugendste Beweis dafür, was auch in Westdeutschland die sogenannten „kleinen Leute“ vermögen, wenn sie sich zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen und wenn dabei die Organisationen der Arbeiterklasse – ihrer Verantwortung für Frieden und Demokratie bewußt – führend vorangehen.

Dieser Teilerfolg der westdeutschen Friedenskräfte im Kampf um die demokratischen Grundrechte der Bevölkerung bedeutet zwar noch nicht, daß die Gefahr der Vergewaltigung von Freiheit und Demokratie, die mit den Notstandsgesetzen im Interesse der Atomkriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus beabsichtigt ist, endgültig abgewendet wäre. Nach wie vor versuchen die Notstandsgesetzgeber mit List und Tücke, mit Betrug und Erpressung, die Notstandsverfassung und die dazugehörigen Einzelgesetze durchzubringen und damit die demokratische Opposition in Westdeutschland schon in Friedenszeiten mundtot zu machen. Dennoch haben sich nach diesem beachtlichen Erfolg der Antinotstandsbevewegung die inneren Betätigungsmöglichkeiten der Bonner Atomkriegsvorbereiter spürbar eingengt. Das zeigt die großen Aktionsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten der Friedenskräfte Westdeutschlands, läßt aber auch ihre Eigenverantwortung im Ringen um eine grundsätzliche Veränderung der offiziellen westdeutschen Politik, im Kampf für eine Wende in Richtung auf Verständigung und Vernunft um so klarer erkennen.

In diesen Auseinandersetzungen der letzten Wochen haben erfreulicherweise viele Geistliche und andere verantwortungsbewußte Christen in Westdeutschland eine aktive Rolle gespielt und an der Seite ihrer Kampfgefährten aus der Arbeiterklasse ganz hervorragend ihren Mann gestanden. Diesen mannhaften Persönlichkeiten sagen wir Dank dafür, daß sie so mutig für die Sache der Demokratie und für die Interessen unserer Nation eingetreten sind. Ihnen gehören unsere Anerkennung, unsere Sympathie und Solidarität um so mehr, als die Bonner Ultras nach ihrer Niederlage nicht nur über die Organisationen der Arbeiterklasse, sondern auch über diese standhaften christlichen Persönlichkeiten mit wütendem Gekläff hergefallen sind. Ausgerechnet den sogenannten „Evangelischen Arbeitskreis“ der CDU/CSU suchte sich der

Bonner Kriegsminister Kai-Uwe von Hassel für seine Schimpfkanonaden gegen die „Linksprotestanten“ aus, wie er die evangelischen Friedensfreunde Westdeutschlands zu bezeichnen beliebte.

Wenn unsere Partei Männer der Kirche zum Gespräch einlädt, dann deswegen, um sich mit ihnen über die Verwirklichung der Friedenspolitik unserer Republik und über die Mitarbeit christlicher Bürger an unserem sozialistischen Aufbauwerk zu unterhalten.

Herr von Hassel aber verfolgte vor dem Evangelischen Arbeitskreis seiner Partei genau die gegenteilige Absicht: er wollte nicht freimütigen Gedankenaustausch über die Sicherung des Friedens und über Wege zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, sondern er wollte ihnen sein revanchistisches Programm unterbreiten, politisch andersdenkende Geistliche verketzern und sie wegen ihres Eintretens für den Frieden kirchlich wie gesellschaftlich unmöglich machen. Sie seien „Verblendete“, „Männer der Kirche, die die Ideologie des Antichristen verharmlosen“. Sie redeten „mit Zungen des Gegners“ und dienten mit ihrem „selbstmörderischen politischen Treiben“ dem „Totalitarismus“. Sie betrieben „das Werk der Zersetzung“. Das waren einige der wirklich sehr brüderlichen Etikette, die Herr von Hassel – gleichsam in eigener Sache – den protestantischen Friedenskräften in der Bundesrepublik aufklebte und mit denen er sie wohlhinreichend abgestempelt glaubte. „Rufmord“ nennt man ein solches diffamierendes Vorgehen in der politischen Praxis des westdeutschen Staates. Selbst von der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen“ mußte sich übrigens Herr von Hassel wegen seines „kirchlichen Schimpfwortes“ gegen die „Linksprotestanten“ daraufhin die Frage gefallen lassen, ob denn nach seiner Meinung Christen rechts stehen müßten.

Zu den großen Leistungen unserer Partei, zu den wichtigsten Ergebnissen unserer politisch-ideologischen Arbeit gehört der Abbau der jahrhundertlang von den herrschenden Kreisen geflissentlich verbreiteten und auch von bestimmter kirchlicher Seite genährten Anschauung, der christliche Glaube sei unlöslich an die kapitalistische Gesellschaft, an die bürgerliche Form der Demokratie, an die reaktionäre bürgerliche Vorstellungswelt gebunden. Wir haben ungezählten Christen die Augen dafür öffnen können, daß die gesellschaftlichen Konsequenzen aus der christlichen Ethik uns an die Seite der Kämpfer für Frieden und sozialen Fortschritt führen müssen und daß der Christ in einer sich allenthalben

wandelnden Welt nur dann seiner Verantwortung für den anderen gerecht zu werden vermag, wenn er die Zeichen der Zeit erkennt, das Werden der sozialistischen Gesellschaft als einzig mögliche Antwort auf den offenkundigen Niedergang und völligen moralischen Bankrott des Kapitalismus versteht und für das Neue in den gesellschaftlichen Beziehungen Partei ergreift. Dieses konsequente Eintreten für den Frieden, dieses Umdenken in der gesellschaftlichen Problematik unserer Zeit des Übergangs zum Sozialismus gehört zu dem großen Kapitel der Bewältigung der Vergangenheit in christlichen und kirchlichen Kreisen, zu den bedeutsamen politischen und geistigen Veränderungen, an denen unsere Partei in ausschlaggebendem Maße beteiligt war und ist.

Die Adenauer-CDU aber hat genau das Gegenteil getan: Sie hat nicht nur auf ökonomischem und staatlichem Gebiet, sondern auch auf dem Felde der geistigen Auseinandersetzung alle Kräfte der Erneuerung unterdrückt, alle Ansätze zur sozialen und politischen Neubesinnung in der Christenheit Westdeutschlands zu ersticken versucht und statt dessen alles unternommen, um für ihre antikommunistischen Kreuzzuspärgen auch die Kirchen einzuspannen. Auch unter diesem Gesichtswinkel wird offenbar, daß wir im Vergleich zu den westdeutschen Gesellschaftszuständen um eine ganze historische Epoche voraus sind und daß in Westdeutschland das Werk der Befreiung auch auf geistigem Gebiet noch seiner Vollendung harret.

In den ständig wiederholten Versuchen des Herrn von Hassel und seiner evangelischen und katholischen Gesinnungsfreunde in der Führung der CDU/CSU Westdeutschlands, das Christentum zu Vorspanndiensten für die Aufrechterhaltung der staatsmonopolistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse und zur Rechtfertigung der Aggressionspolitik des westdeutschen Imperialismus zu mißbrauchen, sehen wir die schlimmste Gefährdung unseres Glaubens. Der Hauptwiderspruch unserer Zeit scheidet nicht Atheisten und Christen, sondern die Kräfte des Friedens und des Krieges. Für Frieden und gesellschaftliche Erneuerung können Marxisten und Christen, denen es ernst ist mit den Forderungen des Evangeliums, sehr wohl gemeinsam arbeiten, ja um der Sache willen sind sie verpflichtet, es zu tun. Diese Erfahrung haben wir christlichen Demokraten in den zwanzig Jahren brüderlichen und verständnisvollen Zusammenwirkens mit unseren marxistischen Freunden gesammelt und in der Praxis immer wieder bestätigt gefunden. Gefährdet aber wird die christliche Botschaft durch die Versuche

der Reaktion, das Christentum für ihre eigenen selbststüchtigen und aggressiven Ziele mit Beschlag zu belegen. Belastet wird das Gewissen der christlichen Gemeindeglieder in unserer Zeit vor allem durch die Bestrebungen, das Christentum zum „Kitt der NATO“ herabzuwürdigen und kirchliche Einrichtungen – so wie das im Bonner Militärseelsorgevertrag geschehen ist – in den Dienst einer zutiefst unchristlichen Politik zu stellen. Gerade in dieser Frage offenbart sich in aller Schärfe der ganze Gegensatz zwischen der Position unserer Partei und der pseudochristlichen Haltung der Adenauer-Parteiführung.

Während die West-CDU das Evangelium und die christliche Überlieferung mißbraucht hat, um viele christliche Bürger in ihrem Bestreben nach wahrhafter Erneuerung der Gesellschaft irrezumachen, ihre Aktivität zu lähmen und sie schließlich wieder der Reaktion in die Arme zu führen, konnten wir in der Gemeinschaft aller demokratischen Kräfte den christlichen Bürgern unseres Staates den Weg in den Sozialismus erschließen helfen, den sie heute immer sicherer und erfolgreicher zum Wohle der ganzen Gesellschaft wie zu ihrem eigenen Nutzen beschreiten. Den meisten von ihnen ist es heute selbstverständlich geworden, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben. Tatkräftig nehmen sie in ihrem beruflichen Wirken und in der gesellschaftlichen Arbeit an der ständigen Weiterentwicklung und Bereicherung unserer sozialistischen Lebensformen teil. Ihre Wünsche und Hoffnungen finden in unserer Ordnung ihre Erfüllung, ihren Leistungen zollt unsere Gesellschaft hohe Anerkennung, ihre Vorschläge und Anregungen werden geprüft und berücksichtigt. In einem Maße wie kein gesellschaftliches System je zuvor gibt uns der Sozialismus mit seinen gesellschaftlichen Zielsetzungen die Möglichkeit, unsere humanistischen Ideale und Traditionen zur Tat werden zu lassen.

Diese Übereinstimmung zeigt sich gerade jetzt wieder bei der Volksdiskussion über den Entwurf des Familiengesetzes, der von unseren Freunden und von der großen Mehrzahl der parteilosen christlichen Bürger freudig begrüßt wird, weil die ihm zugrunde liegenden ethischen Prinzipien vollauf mit unseren christlichen Auffassungen über Sinn und Inhalt der Ehe- und Familienbeziehungen übereinstimmen. Dieses Familiengesetz ist das Ja unserer sozialistischen Gesellschaft zu Wert und Würde der Familie. Es regelt die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Familie in einem Sinne, der unseren christlichen Postulaten und Wertmaßstäben durchaus entspricht. Es läßt die prinzipiellen Berührungs-

punkte und Gemeinsamkeiten zwischen den Zielen der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung und dem christlichen Menschenbild, die grundsätzliche Übereinstimmung der Forderungen der sozialistischen Moral mit den Geboten der christlichen Sittenlehre deutlich erkennen. Deswegen bejahen wir die dem Gesetz innewohnenden Prinzipien der Lebens- und Gesellschaftsgestaltung in unserem sozialistischen Staat.

Die Diskussion über diesen Gesetzentwurf ist ein weiterer Schritt auf unserem Wege zum sozialistischen Volksstaat, der alle Bürger gleichberechtigt und gleichverantwortlich in die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben einbezieht und ihrer Initiative den breitesten Raum gibt. Unsere gesellschaftliche Entwicklung ist ein kontinuierlicher und unaufhörlicher Wachstumsprozeß, ein Prozeß ständiger Erweiterung der Freiheiten und Rechte des einzelnen wie der ganzen Gemeinschaft, ständiger Ausdehnung der Möglichkeiten zu verantwortungsfreudiger Betätigung im Interesse der Gesellschaft wie gleichermaßen zum Vorteil jedes ihrer Glieder. Zum gleichen Zeitpunkt aber, zu dem wir in unserer Republik darüber beraten, wie dieser zutiefst demokratische Prozeß weiter fortgeführt werden kann, wollen die Ultras in Westdeutschland die weitere Einschränkung der demokratischen Grundrechte der Bürger und den völligen Abbau der Freiheit mit Hilfe der Notstandsgesetze zum Punkt 1 der Tagesordnung nicht nur dieses, sondern auch des im September neu zu wählenden Bonner Bundestages erheben. Nichts kann wohl deutlicher den wahren Hintergrund der Freiheits- und Selbstbestimmungsphrasen der westdeutschen CDU/CSU-Prominenz entlarven als dieser Gegensatz im Charakter der inneren Entwicklung in den beiden deutschen Staaten! Als 1956 willfährige westdeutsche Richter auf Betreiben der Bonner Regierung die Kommunistische Partei in Westdeutschland verboten, haben wir wie alle anderen demokratischen Kräfte unsere westdeutschen Freunde darauf aufmerksam gemacht, daß dieses widerrechtliche Urteil nur der erste Schritt auf dem Wege zu völliger Aushöhlung und Beseitigung der Demokratie in Westdeutschland sei. Jetzt erweist sich die ganze Berechtigung unserer damaligen Mahnung.

In dieser Stunde, da wir auf die zwanzigjährige Entwicklung unserer Christlich-Demokratischen Union zurückblicken, rufen wir wiederum unsere Freunde in Westdeutschland. Der Atomkriegs- und Revanchepolitik der CDU/CSU müssen sie sich innerhalb und außerhalb der Partei mit ganzer Kraft widersetzen, wenn sie ihrer nationalen Verantwortung für Frieden und Demokratie, für eine gesicherte Zukunft unseres

ganzen Volkes gerecht werden wollen! Gemeinsam mit allen anderen westdeutschen Friedenskräften müssen sie denen, die neues Unheil vorbereiten und zu diesem Zweck ihre Notstandsdictatur errichten wollen, in den Arm fallen, solange es noch Zeit ist! Wir erklären uns bereit, ihnen die Erfahrungen zu vermitteln, die wir in zwanzigjähriger Arbeit für ein neues Deutschland sammeln konnten. Wir wollen ihnen zeigen, wie wir in dieser Arbeit den Geist unseres Gründungsaufrufs verwirklichen konnten, wie wir hier in unserer Republik unserer christlichen und unserer nationalen Verantwortung gerecht geworden sind. Wir wollen ihnen aber auch sagen, daß sie selbst für die Formen und Methoden ihres Kampfes zur Veränderung der westdeutschen Politik im Sinne des Friedens und der Demokratie verantwortlich sind. Wir fordern sie auf, gemeinsam mit uns für den Frieden in Deutschland zu wirken, damit der Bonner Ungeist überwunden und unserer ganzen Nation der Weg zu Frieden und Glück erschlossen werden kann!

In die Verantwortung der Bürger Westdeutschlands ist es gestellt, dafür zu sorgen, daß bei den kommenden Bundestagswahlen alle Kandidaten in den Lebensfragen unserer Nation geprüft werden. Wir fordern unsere Freunde in Westdeutschland auf: Schaut euch diese Kandidaten genau an! Fragt sie, wie sie es mit den Grundinteressen unseres Volkes halten! Fragt sie, ob sie für die Atombewaffnung Westdeutschlands oder für eine atomwaffenfreie Zone im Herzen Europas, für Rüstungsstopp und schrittweise Abrüstungsmaßnahmen sind! Fragt sie, ob sie sich den Revanchezielen der Bonner Aggressionspolitik verschreiben wollen oder ob sie für eine Politik der Vernunft und des guten Willens, für Annäherung und Verständigung in Deutschland, für kollektive Sicherheit in Europa eintreten! Fragt sie, ob sie sich den Wegbereitern der Notstandsdictatur anschließen wollen oder ob sie gewillt sind, sich für die Sicherung der demokratischen und sozialen Grundrechte der friedliebenden Bürger Westdeutschlands einzusetzen! Diese Gewissensfragen muß jeder Bundestagskandidat in Westdeutschland seinen Wählern offen und rückhaltlos beantworten. An der Stellungnahme zu diesen Problemen wird sich entscheiden, wer es ehrlich mit unserem Volk meint und wer bereit ist, für eine Wende in der Bonner Politik, für einen Kurs auf Entspannung und Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten, für Annäherung und Verständigung zu wirken.

Unsere Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik gibt den friedliebenden christ-

lichen Kreisen Westdeutschlands das Beispiel dafür, wie ein Christ in Deutschland heute handeln muß, wenn er in den Entscheidungsfragen unserer Zeit seiner Rolle und Verantwortung gerecht werden will. Von echter Liebe zu unserem Volk war in den vergangenen beiden Jahrzehnten unser Ringen bestimmt. In dieser zwanzigjährigen Entwicklung unserer Partei mußten wir vielerlei Widersprüche überwinden und an viele Probleme herangehen, an die 1945 noch nicht zu denken war. Wir konnten sie lösen, weil stets die Kräfte des Fortschritts auch in unserer Partei in der Offensive waren und im Geiste der Prinzipien des Gründungsaufrufs handelten. Weil wir mit unseren Leistungen die Nationale Front des demokratischen Deutschland stärkten, konnte unsere Arbeit fruchtbar werden für die Sache unserer Republik und unserer ganzen Nation. Das sind die entscheidenden Lehren aus der zwanzigjährigen Entwicklung unserer Christlich-Demokratischen Union, das sind die Erkenntnisse, die zu unserem unverlierbaren Besitz geworden sind und von denen wir uns auch in unserer künftigen Arbeit unbeirrbar leiten lassen werden.

An der Schwelle des dritten Jahrzehnts des Bestehens unserer Partei verpflichten wir uns, alle Kraft an die Bewältigung der neuen Aufgaben zu setzen, die uns beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und im Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Deutschland, im Ringen um die Verwirklichung der nationalen Mission unserer Republik erwachsen. Der Inhalt unserer Arbeit ergibt sich aus dem Manifest der Volkskammer, das allen Bürgern unserer Republik und allen westdeutschen Friedenskräften sagt, was sie zu tun haben, um ihrem geschichtlich legitimen Anspruch auf die Führung unserer Nation gerecht zu werden. Dieses Manifest prägt noch einmal unserem Volke und allen anderen Völkern ein, worin die Grundlehre aus der Geschichte besteht: „Deutschland darf nie mehr den Frieden der Welt bedrohen“, heißt es in diesem Dokument. Unser ganzes Volk ist aufgerufen, den Weg des Friedens zu gehen.

Das aber setzt voraus, daß die in Westdeutschland heute noch immer herrschenden Kräfte der unbewältigten Vergangenheit entmachtet werden. Eben deswegen „kämpfen wir für die nationale Einigung eines solchen Deutschlands, in dem es keine Reaktion, sondern nur sozialen und kulturellen Fortschritt in einer echten Demokratie gibt“. Diese Aufgabe wird der Bevölkerung unserer Republik ebenso wie den westdeutschen Friedenskräften im Manifest unserer Volkskammer ge-

stellt. Die westdeutschen Bürger werden ihr gerecht, wenn sie das Ihre tun, damit aus der Bundesrepublik ein friedlicher Staat ohne Atomrüstung, ohne Revanchismus und Notstands-diktatur wird, und wenn sie die Herstellung normaler sachlicher Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten erzwingen. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrer Verantwortung gerecht, indem sie alles tun, um den deutschen Friedensstaat weiter zu festigen und seine nationale Autorität noch mehr zu erhöhen.

Unsere Unterstützung gehört den Vorschlägen, die Walter Ulbricht in seiner Rede auf der Kundgebung mit dem jugoslawischen Präsidenten Josip Broz Tito in Halle unterbreitet hat, um einen deutschen Beitrag für die Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Wir stellen uns mit ganzer Bereitschaft hinter den Vorschlag, eine Konferenz aller europäischen Länder einzuberufen, um über eine dauerhafte Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit unseres Kontinents zu beraten. In einer derartigen Konferenz könnten solche vordringlichen Probleme wie die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone, die Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa, der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Ländern und den Staaten des Warschauer Vertrages, die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und die Friedensregelung mit beiden deutschen Staaten sowie die Fragen der Erweiterung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten endlich ihrer Lösung nähergebracht werden. Die Bildung eines gesamtdeutschen Rates aus bevollmächtigten Vertretern der beiden deutschen Staaten wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, daß auch die Deutschen den ihnen zukommenden Beitrag für die Politik des Friedens in Europa leisten.

Mit dem Manifest der Volkskammer und mit diesen Vorschlägen Walter Ulbrichts zur Verständigung über die dringenden Fragen der europäischen Sicherheit ist der Weg zur Lösung unserer nationalen Probleme klar abgesteckt. Daraus ergeben sich zugleich die Aufgaben für die Arbeit unserer Partei in der nun vor uns liegenden Periode. Unser Auftrag heißt, alles daranzusetzen, daß unser ganzes Volk endlich die Lehren der Geschichte beherzigt, auch in Westdeutschland das Werk seiner Befreiung vollendet und den Weg des Friedens geht. Unser Auftrag heißt, alles daranzusetzen, daß unser deutscher Friedensstaat – gestützt auf die Kräfte des Volkes – seine geschichtliche Mission um Deutschlands und des Friedens willen verwirklichen kann. Unser Auftrag heißt, alles

daranzusetzen, daß unsere Freunde und alle christlichen Bürger, die unserer Partei verbunden sind, ihre Verantwortung erkennen und ihr in der unlöslichen Gemeinschaft aller demokratischen Volkskräfte durch Taten für den Frieden, für den weiteren Aufstieg unserer sozialistischen deutschen Republik gerecht werden. Diesen Auftrag wollen wir in Ehren erfüllen. Mit der Versicherung vor unserer Partei, vor der Nationalen Front, vor unserem ganzen Volk wollen wir im nun anbrechenden dritten Jahrzehnt des Bestehens unserer Partei an die Arbeit gehen und unsere Aufgaben lösen.

- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung vom 28. Juni bis zum 3. Juli 1964 in Prag)
- 122 Dr. Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation

- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit — Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit — Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz — Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland

Verkaufspreis 0,50 MDN — Doppelheft 1 MDN